

Ulrich Knaut zu:

# Die Moskau-Connection

(Vortrag)

Reinhard Bingener, Markus Wehner: *Die Moskau-Connection*. Das Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit, München 2023.

## Vorbemerkung

An diesem Wochenende (23./24.04.) werden die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz genommen, womit eine neue Epoche in der deutschen Energiewirtschaft beginnt, deren Perspektiven unklar bis dunkel erscheinen. Diese sollen im wesentlichen das Programm der rot-grün-gelben Koalition umfassen, sowie die Rückkehr zu einer grün-autonomen Energiewirtschaft, wie sie schon einmal vor hundert Jahren auf ähnliche Weise angedacht wurde. Heute könnte Deutschland erneut eine ähnliche gesellschaftliche und politische Entwicklung nehmen. Nur daß deren Markierungspunkte diesmal von außen gesetzt werden. Zu ihnen gehört an zentraler Position Putins faschistischer Überfall auf Ukrajina am 24. Februar 2022. Beides zusammen bedeutet das Ende einer lange währenden symbiotischen Beziehung zwischen der deutschen Energiewirtschaft und Moskaus ‚Weg nach Westen‘, in der die deutsche Sozialdemokratie eine Schlüsselrolle spielte. Eben diese wird in dem Buch *Die Moskau Connection* zurückverfolgt und nachgezeichnet, deren Inhalt ich zusammenfassen werde.

In der Vorbesprechung zu unserem Arbeits-Treffen hatte ich ursprünglich vorgeschlagen, etwas über die Geschichte ‚der‘ Ukraine vorzutragen. Aber da sich niemand für die *Moskau Connection* fand, fiel diese Aufgabe mir zu. Allein, um das Büchlein verbunden mit eigenen Recherchen gründlich zu studieren, sind drei Wochen eine kurze Zeit.

*Die Moskau Connection* enthält nicht nur eine Abrechnung mit der ‚Ost-Politik‘ von SPD und CDU, sondern auch – obwohl die parteiMarx zu den schärfsten Kritikern der Putin-schen ‚West‘-Politik gehörte – das ‚Sündenregister‘ über die politische Naivität vornehmlich der Wessi-Deutschen (die der parteiMarx eingeschlossen) in ihrem Verhältnis zu Moskau. (Das Gegenteil anzunehmen, wäre ziemlich pharisäerhaft!) Wenn also Abrechnung, dann wäre diese vor allem in ihren geschichtlichen Zusammenhang *ab urbe condita* zu stellen. Und der beginnt für die parteiMarx (mit dem kleinen ‚p‘) bei der genialen Skizze über den Kommunismus in Deutschland, die Marx zum Jahreswechsel 1847/48, den revolutionären Frühling vorausahnend, entworfen hat und deren aktuelle Bedeutung sich uns nur erschließt, wenn wir aus den bisherigen Klassenkämpfen unter Verwendung der theoretischen Hinterlassenschaften der Partei Marx (mit dem großen ‚P‘), diese politisch durch die Marxsche Brille betrachtend, unsere Schlußfolgerungen ziehen. Aber Marx war kein Marxist. Wie sich an der Entwicklung der seither stattgefundenen Klassenkämpfe zeigt, sind politische Schwüre auf den Marx-Engelsschen Kommunismus das eine und die Verwirklichung der *foreign policy* der *working class* etwas anderes.

*Die Moskau Connection* ist eine hervorragende journalistische Enthüllung über die Deutsche Energiepolitik der letzten dreißig Jahre. Auch ohne wirtschaftsgeschichtlich allzu tief

zu graben, wird darin die Politik der beiden Volksparteien, Zentrum und Sozialdemokratie, auf ihrem ‚Langen Marsch nach Osten‘ – direkt in die Arme Moskaus – nachgezeichnet, an dessen Ende entweder die Vertreibung Putins aus ‚der‘ Ukraine oder die bedingungslose Kapitulation der Europäer vor ihm stehen wird. ‚Lieber rot als tot‘ war auf dem Höhepunkt der Mittelstrecken-Raketen-Krise Anfang der 80er Jahre die Parole der ‚Friedensbewegung‘. Heute stellt der Goebbels-Klon, Medwedjew, im Kreml die Europäer vor eine ähnliche Alternative, die bei dem rechten (und linken) deutschen Philister inzwischen so ankommt, daß er lieber ein guter Putin als ein böser Hitler sein und dann auch nicht mehr die Sowjetunion überfallen möchte – aber dazu dürfen dann auch nicht die Ukrainer das Recht haben! (Als wenn sie das, abgesehen davon, sich ihrer eigenen Haut zu wehren, je vorgehabt hätten...!) Ergo: Keine NATO-Waffen für ‚die‘ Ukraine! Diese tief sitzende deutsche Urbefindlichkeit läßt sich aus *Die Moskau Connection* immer wieder als Erklärung herauslesen dafür, warum deutsche Politiker so gerne vor russischen Erpressungen ständig einknicken!

In der Broschüre über die *Geschichte der Geheimdiplomatie im 18. Jahrhundert*, die Marx während des Krimkriegs (1853-1856) geschrieben hat, charakterisiert er die unter den moskowitzischen Groß-Fürsten des 13. Jahrhunderts besonders stark hervortretende Sklavenmentalität, die sie gegenüber den Mongolenherrschern an den Tag legen und mit dem Verrat an ihren Nachbar-Fürsten krönen und sie auf besonders kriecherische Weise bei dem Mongolenherrscher anschwärzen, um von ihm den *yarlik*, die Bestätigung ihrer Großfürstenwürde verliehen zu bekommen..., was am Ende darauf hinausläuft, daß die Kyjiver Fürstentümer step by step unter die Fuchtel der Moskowiter geraten und von ihnen eingemeindet werden. Dieses von Marx gelieferte Psychogramm der moskowitzischen Herrscher – nach oben schleimen und nach unten (brutal zu)treten – paßt nur allzu gut auf die ‚Ostpolitik‘ unserer bürgerlichen Parteien, an der Spitze die SPD, die sie gegenüber den moskowitzischen Nachfolgern der Mongolen-Khans bis zu ihrer (Zeiten-) Wende vom 24.02.2022 vertreten haben. Niemand beherrscht diese Künste, in der von der opritschnina Ivan Groznys weiterentwickelten und vom KGB vollendeten Form durchtriebener und hinterhältiger als momentan der ehemalige Chef der Peterburger Mafia, die sich 1989 zu einer Neuauflage des moskowitzischen Staats gemausert hat: Wladimir Putin!

## ***Die Moskau Connection***

Dieses Buch war für mich ein Phänomen. Wer darin auch eine Deutung und näheren Aufschluß über den sog. ‚Ukraine-Krieg‘ und seine Vorgeschichte erwartet, wird enttäuscht sein und am Ende feststellen, daß er es vielleicht das falsche Buch gekauft hat. Historisches über die Verhältnisse und die Ereignisse, die zum ‚Ukraine-Krieg‘ geführt haben, läßt sich darin weniger finden. Das Buch wurde von zwei FAZ-Journalisten geschrieben, also nicht

von Historikern, Politikern oder Persönlichkeiten der Zeitgeschichte. Wer vermeiden will, diese journalistische Arbeit mißzuverstehen, sollte sich zunächst über das Genre, dem *Die Moskau Connection* zuzurechnen ist, klar werden. Nach meiner Deutung handelt es sich um ein 300 Seiten starkes politisches Feuilleton, Feature o.ä., worin die politischen Aktivitäten einer Gruppe von Politikern untersucht werden, oder auch um eine Art Enthüllungsliteratur über die Rolle einzelner Personen in der deutsch-russischen Energiepolitik der letzten 20 Jahre, die mit ebenjenen Ereignissen etwas zu tun haben und als „Zeitenwende“ bezeichnet werden.

Wer dagegen, wovon ich fälschlicherweise ausgegangen war, besondere historiographische Maßstäbe an dieses journalistische Genre im SPIEGEL Format anlegt, wird enttäuscht sein. Was aber, wie ich vermute, auch gar nicht in der Absicht beider Autoren gelegen haben wird. Dafür verschafft uns dieser Enthüllungsjournalismus einen hervorragenden Einblick in das »**Schröder-Netzwerk und Deutschlands Weg in die Abhängigkeit**«, die zur Vorgeschichte der sog. „**Zeitenwende**“ gehören. Skandalgeschichten sind das jedenfalls nicht – deren Bearbeitung würde einem anderen Genre zuzurechnen sein.

Im Ersten Kapitel wird der Ort, an dem die Schröder-Story ihren Anfang nimmt, vorgestellt: die SPD-Zentrale in Hannover, wo unmittelbar nach Kriegsende das „**Büro Dr. Schumacher**“ residierte, das von einzelnen Genossen auch als die »**“Erzdiözese“ der Partei**« verehrt wird; eben jener Ort, an dem ihr Aufstieg nach 1945 begann, und wozu heute der Name Schumacher in einem eigenartigen Kontrast zu stehen scheint. Bekanntlich ist der erste Satz in einem Roman für den Lauf, den die Einbildungskraft des Autors nehmen wird und den Verlauf der zu erzählenden Geschichte ausschlaggebend, so auch hier der Name des ersten SPD-Vorsitzenden der Nachkriegszeit, den heute so gut wie nichts mehr mit der Schröderschen SPD zu verbinden schien oder das, was seit den 60er Jahren mit: »**Deutschlands Weg in die Abhängigkeit**« von hier aus seinen Ausgang nahm – ein Weg, der mit der Entscheidung Putins, ‚die‘ Ukraine zu überfallen und Kyjiv einnehmen zu wollen, endet – zumindest für die Schrödersche SPD, die mehr als 20 Jahre lang die Politik in Deutschland bestimmt hat. Das Deutschland nach dem 24.02.2022 und die SPD, wie sie bis dahin existiert hat, werden – so viel ist sicher – danach nicht mehr dieselben sein!

Da ist zunächst Schröders Weg vom marxistischen Juso-Vorsitzenden der Stadt Hannover zum Berufspolitiker, der sich erfolgreich um den Wahlkreis Hannover Land 1 bewirbt und frühzeitig seine Kontakte zum kommunistischen Jugendverband im ‚Vaterland der Werktätigen‘ mit einem Besuch in Moskau krönt. Daß derartige Kontakte für sozialdemokratische Jung-Politiker, die in der Partei etwas werden wollen, offenbar zum Standard gehören, zeigt auch ein Video des DDR-Fernsehens auf Twitter über den Antrittsbesuch des Juso-Vorsitzenden Olaf Scholz beim ZK der SED wenige Jahre später. ‚Alle Wege‘ – zumindest die der

Jusos – ‚führten offenbar nach Moskau‘ (oder zumindest nach Pankow), was in der »**Moskau-Connection**« des »**Schröder-Netzwerks**« seine ständig wiederkehrende Bestätigung erfährt.

Gerhard Schröders Weg in die große Politik vom Juso-Vorsitz für Hannover im Jahr 1971 über den Bundesvorsitzenden 1978, in den Bundestag und zum Ministerpräsidenten von Niedersachsen 1990 und schließlich 1998-2005 zum Bundeskanzler einer rot-grünen Regierung wird von wechselnden »**Connections**« begleitet, über die er sich schließlich bis zum höchsten Regierungsamt hochhangelt, deren wechselnde Begleitmannschaft eine Ansammlung von Charaktermasken darstellt, mit denen sich ein Politiker, um nicht ‚vom Fahrrad zu fallen‘, umgeben muß nach der Devise: ‚treten, um nicht getreten zu werden‘!

Im Zweiten Kapitel wird der parallele Aufstieg Wladimir Putins nachgezeichnet, dem zweiten Egomannen in dieser Erfolgs-Story, die sich in ihrer ‚Männerfreundschaft‘ gesucht und gefunden haben. Hannover liegt auf halbem Weg zwischen Bonn („...**ich will hier rein!**“), dem Ruhrgebiet und Hannover nach Berlin. Zwischen Hannover und Berlin wiederum liegt das von Hitler gegründete VW-Werk, das jeder Familie des Deutschen Volkes zu ihrem eigenen ‚Volkswagen‘ hatte verhelfen sollen, wofür dieses Volk Hitler zum Führer des germanischen Großreiches gewählt hat, das in seinem ungestümen ‚Weltlauf‘ schließlich nur noch von der Anti-Hitler-Koalition gestoppt werden konnte. Auf dieser geschichtsträchtigen West-Ost-Verbindung kreuzen sich Anfang dieses Jahrhunderts die Biographien Schröders und Putins. Der Russischen Föderation, seit dem 31.12.1999 unter Putins Präsidentschaft, mangelt es an ‚westlicher‘ Technik und ‚westlichem‘ Kapital, um dessen Rohstoffquellen auszubeuten und dem Bankrott gegangenen großrussischen Imperium wieder auf die Beine zu helfen; der deutschen Wirtschaft mangelt es an dem geeignetem Ersatz für die viel zu teuer gewordene Ruhrgebiets-Kohle. Das Dreiecksgeschäft: Export von Mannesmann-Röhren in den Osten gegen den Import von preiswertem russischen Erdgas im Westen, das durch eben diese Röhren fließen wird und dies alles ‚vermittelt‘ durch Kredite der Deutschen Bank, erweist sich seit Anfang der 70er Jahre als ein Musterbeispiel des ‚Wandels durch Annäherung‘, der bis auf weiteres auch problemlos funktioniert; Probleme entstehen erst nach der Auflösung der UdSSR und dem Wunsch einzelner Unions-Staaten, in Zukunft ohne die Dazwischenkunft der KPdSU(B) mit ‚dem Westen‘ ins Geschäft zu kommen. Um die bisher als ‚separatistisch‘ geltenden Bestrebungen der ehemaligen Warschauer-Vertrags-Staaten im Zaum zu halten, sollte v.a. Deutschland, dem wegen seiner engen Verbindungen zu Moskau traditionell mißtraut wird, für Putin von größtem Nutzen sein.

Dazu paßten als zusätzliches Plus im deutsch-russischen Verhältnis die Gemeinsamkeiten zwischen Schröder als Verfechter der Stamokap-Theorie, die dieser in der Sowjetunion und der DDR ‚ansatzweise‘ verwirklicht sieht und dem ehemaligen KGB-Offizier und -Residenten

in der DDR, der dort viele Jahre stationiert war und Deutsch gelernt hatte. (Mit der Ex-Bundeskanzlerin kann er sich auf Deutsch oder auf Russisch unterhalten.) Die politische Grundlage der besonderen Affinität zwischen Putin und Schröder („Männerfreundschaft“) beruhte auf der deutsch-russischen Entspannungspolitik und deren Wurzeln in der West-Berliner SPD, die den Wandel des im Stamokap festgefahrenen („Realen“) Sozialismus durch die Annäherung an den ‚Westen‘ verstärken und durch seine Entdogmatisierung zu neuem Leben erwecken wollte. Für Brandt und Schröder bedeutete dieser Wandel zwar jeweils Verschiedenes, aber in seinen politischen Auswirkungen lief er auf die Stärkung des russischen Einflusses in Europa, hinaus: die Vertreter beider Strömungen innerhalb der SPD wollten den östlichen Sozialismus und den westlichen Kapitalismus auf ihre Weise ‚vermenschlichen‘. Gemeinsam war ihnen ihre Ignoranz in bezug auf die imperiale Tradition des großrussischen Expansionismus. Daher kommt der Fall der Berliner Mauer für Brandt zu früh, um in ihrem Schutz das Werk der ‚Vermenschlichung‘ des Sozialismus vollenden zu können; für Schröder bedeutet er dagegen, daß der Sozialdemokratie im Kampf für Stamokap und gegen den US-Imperialismus das Hinterland dabei war, wegzubrechen. Erst der Weg von Leuten wie Putin aus dem tiefen Staat von KGB und Mafia zurück in die Politik eröffnet neue Möglichkeiten für die Stärkung der Schröderschen Stamokap-Politik in Deutschland.

Brandt, Bahr e.a. haben im Prinzip nichts anderes getan als weiterhin Stalins Deutschland-Plan aus dem Jahr 1952 – Einheit Deutschlands im Tausch für seine Neutralität zwischen ‚Sozialistischem Lager‘ und NATO –, nachdem er am Einspruch Adenauers und der USA gescheitert war, als ‚Politik der Kleinen Schritte‘ verteilt auf viele Einzelprojekte in Verhandlungen mit der SED zu verwirklichen und nach dem Staatsbankrott der DDR, sowie der Verzichtserklärung der Vier Alliierten auf ihre Rechte in Deutschland und dem Verzicht der Kohl-Regierung auf die sog. ‚deutschen Ostgebiete‘, mit der Verzögerung von 40 Jahren Wirklichkeit werden zu lassen. Für die rot-grüne Schröder-Regierung war das der Ausgangspunkt für die Verhandlungen des westdeutschen Kapitals mit den Nachfolgern der sowjetischen Nomenklatura über die Verstärkung der Wirtschafts-Beziehungen von Ruhrkohle A.G., BASF und deren Tochter Wintershall mit den russischen Rohstoffproduzenten Gazprom, Rosneft e.a. über ein Erdgas- und Erdöl-Abkommen übereinzukommen.

Obwohl Hannover, der Geburtsort der Schumacherschen Nachkriegs-SPD, Schröders Rückzugsgebiet bleibt, verlegt er nach seiner Wahlniederlage als Kanzlerkandidat in den Jahren der schwarz-roten Merkel-Regierung (2005-2021), als Schattenkanzler Putins den Geschäftssitz *seiner* ‚Ost-Politik‘ in die Behrenstraße 73 zwischen Reichstag und sowjetischer Botschaft, wo er gemeinsam mit seinem Faktotum, dem Lobbyisten und Strippenzieher Heino Wiese (Wiese-Consult) residiert und von dort aus regelmäßig zu seinem engen Freund und ‚lupenreinen Demokraten‘ nach Petersburg und Moskau aufbricht. Der Job des Koalitionspartners und Stellvertreters der Regierungschefin in der schwarz-roten Regierung

wird 2005 von Frank-Walter Steinmeier übernommen, der in der Nachfolge des grünen Außenministers Fischer das Erbe der SPD – sowohl der Schröderschen als auch derjenigen von Brandt und Bahr, fortsetzt: einer Kombination aus ‚Wandel durch Annäherung‘ (Brandt) und ‚Annäherung durch Verflechtung‘ (Schröder). Aber da Steinmeier an Merkels Leine sehr kurz geführt wird, ist die ungeschmälerte Fortsetzung Schröderscher Ostpolitik nicht mehr wie bisher durchführbar. Steinmeiers Job besteht hauptsächlich darin zu verhindern, daß die klare Kante, die Merkel nach der Annexion der Krim gegenüber Putin andeutungsweise gezeigt hatte, nicht mehr zur Anwendung kommt, während zur selben Zeit die Schröder-Lobby in der SPD immer tiefer im Stasi-KGB-Sumpf versinkt, um gemeinsam mit Putin Schulter an Schulter Nordstream 1 zu verteidigen und Nordstream 2 vor dem Aus zu bewahren.

Um einen konkreten Eindruck von den Aus- und Rückwirkungen der ost-westlichen Erdgas- und Erdöl-Politik zu erhalten, wo Ökonomisches und Politisches, Privates und Öffentliches, Putinismus und Putin-Skeptizismus miteinander im Clinch liegen und sich miteinander vermischen, werde ich auf die Darstellung des Wirkens des Schröder-Putin-Tandems im **»größten Gaskonzern der Welt«**, soweit in diesem in diesem Buch entwickelt, näher eingehen:

**»Die russische Presse spricht von einer „West-Erweiterung des Systems Putin“, das darin besteht, daß der Präsident überall seine Vertrauten einsetzt und seine Kontrolle ausweitet.«** (124) In diesem Sinn sollen der Aufsichtsratsvorsitzende der Nordstream AG, Gerhard Schröder und der Vorstandschef der Dresdner Bank in Moskau, Matthias Warnig die Geschicke des Konsortiums leiten. Während des Berlin-Besuchs Putins 2010 bei Merkel trifft sich Schröder mit diesem in ihrer Schöneberger Stammkneipe, wo sich auch Matthias Warnig einfindet, dessen Sohn, Stefan, dort eine hervorragende Küche führt, mit der er sich bereits in der Moskauer Schickeria einen Namen gemacht hat. (124 f.) Es folgt die Lebensgeschichte von Vater Matthias Warnig, der nach seiner Ausbildung im Wachregiment des Ministeriums für Staatssicherheit Ökonomie studiert hat und unter diesem Label zum Spion (Deckname: *Ökonom*) ausgebildet wird. Danach betreibt er als Angestellter der Handelsmission der DDR in Düsseldorf Wirtschafts- und Industrie-Spionage bei Krupp, Thyssen, BASF, Dresdner Bank e.a., fliegt dabei auf und wird von Mielke nach seiner erzwungenen Rückkehr in die DDR mit einem Orden bedacht. In der Modrow-Regierung wird Warnig Referent im Wirtschaftsministerium und nimmt an den Verhandlungen der DDR mit der BRD über die Wirtschafts- und Währungsunion teil. Dort lernt er den Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank kennen, (125) der ihn nach Petersburg schickt, wo er eine Filiale eröffnet. Dazu benötigt er das OK des stellvertretenden Bürgermeisters – Putin –, in dessen Vorzimmer Warnig über 10 Stunden auf ein Gespräch mit ihm wartet. (Die dort arbeitende Sekretärin ist die spätere Ehefrau von Gazprom-Chef Miller, Büroleiter Igor Setchin der spätere Chef des Öl-Konzerns Rosneft, in dessen Aufsichtsrat schon sehr bald Warnig und Schröder

sitzen werden.) Bei diesem Zusammentreffen in Putins Rathaus-Büro wittert dieser sofort den ihm vertrauten Stallgeruch des Besuchers; sie verabreden sich in der Bar Tschaika (Möwe), wo sie viele Gemeinsamkeiten austauschen. Bald darauf schließen beide Ehepaare Freundschaft, ihre Kinder gehen in dieselbe Schule und sie verbringen den gemeinsamen Ski-Urlaub in der Schweiz. Die Dresdner Bank, inzwischen eine Vollbank, begleitet den Börsengang von Rosneft und plaziert Gazprom-Anleihen im ‚Westen‘. Warnig wird mit der Zunahme seiner Wirtschaftsposten im Putin-Imperium zum Multimillionär und kann sich 2006 in das südbadische Staufen zurückziehen, von wo aus der Weg ins schweizerische Zug nicht allzu weit ist, wo Nord Stream seinen Firmensitz hat. Und Warnig bleibt nicht der einzige Angehörige der Stasi, die neben Kadern aus DDR-Ministerien und Geheimdienstabteilungen in Putins Wirtschaftsimperium beschäftigt werden. Zu ihnen gehört auch der Geschäftsführer von Gazprom Germania, Hans-Joachim Gornig, der in den Schattenkrieg um die Anteile der zerschlagenden DDR-Wirtschaft verstrickt ist, in dem sich **»Gazprom mit BASF und Wintershall gegen Ruhrgas AG«** verbündet haben im Kampf um den Leipziger Gas-Versorger VNG als Zankapfel. Dieser Kampf wird mit Hilfe des klassischen Geheimdienst-Repertoires ausgefochten... (128) **»Mit seinem Eintritt in das Gazprom Reich begibt sich Schröder auf ein Feld, auf dem nach anderen Regeln gespielt wird«**. Aber er ist nicht **»der einzige Politiker aus Europa, der nach seiner Karriere in der Politik auf einer russischen Payroll landet«**. (129) Aus dem Gesamtbild ergibt sich Putins Doppelstrategie und darin eine gewisse ideologische Janusköpfigkeit: bei der SED-Nachfolgepartei, Die Linke, kann er sich einerseits die gemeinsame Vorliebe für bestimmte sowjetische Traditionen zunutze machen, andererseits kann er bei der europäischen Rechten, also Parteien wie der AfD, auf in Rußland geläufige gemeinsame **»nationalistisch-chauvinistische Tendenzen«** gegen „Gayropa“ zurückgreifen (129) und gleichzeitig auf den von Rechts wie von Links gemeinsam eingeschworenen Antiamerikanismus. **»Für Rußland ist es darum naheliegend, beide Flanken tatkräftig zu unterstützen.«** (130) Dazu werden laut US-Geheimdiensten -zig Millionen eingesetzt, zu deren Empfängern der Front National oder Lega Nord gehören. **»Rußland nimmt die Demokratien des Westens«** von beiden Seiten, ebenso **»von links«** wie von **»rechts in die Zange«** und nutzt deren Freiraum **»für den Aufbau von Propaganda-Medien wie Russia Today oder Sputnik«**. (130) Diese Liste wird dann auch auf Parteien bzw. Regierungen, die noch im Amt sind, ausgeweitet, für deren ‚Bearbeitung‘ Lobbyisten wie Schröder zum Einsatz kommen. Auf ihr befinden sich auch Zentrums-Parteien wie die CDU oder deren Schwester, die CSU, die diesen Bestrebungen noch weit näher steht als Merkel, die für Schröders Saufkumpanei nicht allzuviel übrig hat. Auffällig sind außerdem bestimmte Anknüpfungspunkte bei einzelnen Politikern: so verweist bspw. der Kanzlerkandidat Armin Laschet im Wahlkampf 2021 auf die 1.200 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, die Handel mit Rußland treiben und erklärt anläßlich der Annexion der Krim, **»es gebe in der deutschen Öffentlichkeit einen „marktgängigen Anti-Putin-Populismus“**. Auch wenn das Referendum auf der Krim



**„eindeutig völkerrechtswidrig“ gewesen sei, müsse man sich in den Gesprächspartner „hineinversetzen, wenn man eine außenpolitische Beziehung pflegt“.«** (152) Dieses Sich-Hineinversetzen hat Laschet dann als Kanzlerkandidat in den Fernseh-Debatten zur Bundestagswahl so ‚erfolgreich‘ eingesetzt, auf daß die CDU eine krachende Wahlniederlage erlebte. Man kann sich leicht vorstellen, wie Laschets Gespräche mit Putin ausgesehen hätten, wenn die Wahl zu seinen Gunsten ausgegangen wäre... **»Auch in der CSU überwiegt eher die Nähe zu Rußland als kritische Distanz.«** (153)

Das 6. Kapitel mit der Unterüberschrift **»Die Rußlandpolitik 2013-2021«** enthält unter der Überschrift **»Toxische Beziehung«** inhaltlich den Kern des Buches. Im Mittelpunkt stehen die Kämpfe um den Zugriff auf das wirtschaftliche Erbe der DDR, für das früher oder später eine Lösung gefunden werden mußte. Dieses Erbe wird auch von den uns bereits bekannten Stasi-Leuten verteidigt, die in den von den Geheimdiensten übernommenen Staats-Multis wie Gazprom, Rosneft, Rusal ihre Basis haben. In Deutschland gehören zu diesem Erbe sozialdemokratische Landespolitiker wie Stefan Weil (Hannover), Hannelore Kraft (Düsseldorf) sowie in der schwarz-roten Bundes-Regierung Außenminister Steinmeier und Wirtschaftsminister Gabriel, die seit Putins Annexion der Krim das Kernstück sozialdemokratischer Entspannungspolitik, die ‚politische‘ Gasröhre Nordstream 2, in größter Gefahr sehen. Womit sie zweifellos recht haben. Putin pokert hoch. Nachdem ihm 2014 die Krim quasi in den Schoß gefallen war, versucht er Mitte August 2014 Teile des Donbas mit Hilfe von als ‚empörte Bürger‘ auftretenden bewaffneten Geheimdienst-Abteilungen in seine Gewalt zu bekommen. Spätestens hier müßte sich einem deutschen Antifaschisten die Frage nach der Beschaffenheit des Putinschen Antifa-Mythos stellen, also danach: wer denn nun abgesehen von notorischen Hitler-Anhängern die Ergebnisse des 2. Weltkriegs zu revidieren trachtet? Der ‚Westen‘, der sich strikt an die Nachkriegsvereinbarungen zwischen den vier Alliierten hält oder der Revisionist Putin, dessen Propagandaapparat in den Medien seinen Gesprächspartnern die Worte im Mund umdreht nach der Devise: ‚die Partei, die Partei hat immer recht...‘; egal, was die Gegenseite von sich gibt? Dieselbe ‚Partei‘, die seit den Zeiten Stalins und Hitlers durch einen ‚modernen‘ großrussischen Autokraten verkörpert wird!? Allein schon von dieser Seite aus betrachtet ist die sozialdemokratische Rußlandpolitik ein einziger Anachronismus!

Denn einerseits ist die Merkel-Regierung zwar nicht bereit, den nach der Annexion der Krim 2014 von Putin verübten Völkerrechtsbruch hinzunehmen, **»aber ebenso wie ihr Außenminister«** lehnt sie die Bitte ‚der‘ **»Ukraine um die militärische Ausbildung der Armee und die Lieferung von Waffen«** (186) mit dem Argument ab, das sollte man **»den Amerikanern ... überlassen«**. (187) Ganz offensichtlich möchte man sich aufseiten der Bundesregierung nicht die Finger verbrennen. Diese Haltung wird von der Alten Garde der SPD (Helmut Schmidt, Egon Bahr, Erhard Eppler, Klaus von Dohnanyi) eindeutig unterstützt,

die Sanktionen gegen Rußland schon allein deshalb grundsätzlich ablehnt, weil **»Rußland ein Recht darauf habe, seine Einflußzonen zu wahren«!** Einer ukrainischen Journalistin gegenüber, die sich erlaubt, dieses ‚Recht auf Einflußzonen‘ skeptisch zu hinterfragen, entgegnet Dohnanyi: **»Sie«**, also die Ukrainer, **»können sich nicht einfach aus einer Einflußzone herauslösen«**. Erhard Eppler fordert Putin sogar empört auf, sich von Ukrainern und Westlern (in ‚der‘ Ukraine) **»nicht ... auf der Nase herumtanzen«** zu lassen; sei doch ‚die‘ Ukraine eigentlich kein Nationalstaat, und die Abspaltungen im Donbas seien auch nicht durch Separatisten, sondern durch die Polizei erfolgt; (worin lag der Unterschied?) Putins Ukraine-Politik sei dagegen Ausdruck **»einer energischen und teilweise erfolgreichen Defensive«!** (187) (Sic! Wie schon die Alten sangen, so zwitschern nun die Jungen!)

Wirtschaftsminister Gabriel, in Gegenwart Putins ein Ausbund an Liebedienerei, erklärt beflissen: **„Wir wollen helfen, den Konflikt in der Ukraine zu lösen. Aber nicht, Rußland in die Knie zu zwingen.“** (189) Dabei kann er sich zugleich voll und ganz auf die Lobbyisten vom *Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft* verlassen. Nach dem vorhersehbaren Abklingen der amerikanischen Wirtschaftssanktionen wegen der Annexion der Krim investieren der Gipshersteller Knauf und der Chemieriese BASF erneut Millionen in Rußland! (191) Und in bezug auf die Fortsetzung von Nord Stream 2 kommen die Autoren der *Moskau Connection* zu dem Schluß: **»Obwohl Rußland 2014 das Völkerrecht gebrochen und die Grenzen in Europa verschoben hat, obwohl es einen Krieg in der Ukraine führt, hält die Bundesregierung an diesem Projekt fest«**, das im September 2015 in Wladiwostok endgültig beschlossen wird. Und das, nachdem im Sommer 2014 eine Verkehrsmaschine der Malaysia Airlines (Flug MH17) über der Ost-Ukraine abgeschossen, gleichzeitig von Putin und Assad ein brutaler Krieg in Syrien geführt und die zweite Pipe Line durch die Ostsee von der Bundesregierung weiterhin zu einem ‚privatwirtschaftlichen Projekt‘ erklärt wird! **»In Wirklichkeit«**, so die Autoren, **»ist Nord Stream 2 ein hochpolitisches Unternehmen«**, als deren Geschäftsführer erneut Matthias Warnig durch Putin eingesetzt und in dessen Verwaltungsrat Gerhard Schröder berufen wird. Einziger Anteilseigner bleibt die Firma Gazprom, in deren Finanzierung sich u.a. die Energiekonzerne OMV, Shell, Engie, Uniper (= EON) und Wintershall mit der Übernahme der Hälfte der Kosten (bei zu erwartenden satten Dividenden) einbringen dürfen. Polen warnt zwar vor der Verstärkung des russischen Einflusses in Europa; eine Warnung, die von den baltischen Staaten und von Schweden geteilt wird. (197-198)

Die EU-Kommission erklärt aus ihrer Perspektive den Bau von Nordstream 2 für überflüssig und warnt vor der Gefahr der Abhängigkeit des ‚Westens‘ von Rußland. Schließlich beschließt der amerikanische Senat Sanktionen gegen das Projekt. Matthias Platzeck, ehemaliger Ministerpräsident von Brandenburg (2009-2013) befindet spitzfindig: die USA wollen

doch nur ihr teures LNG in Europa loswerden! Ein Argument, das aus dieser Ecke nicht zum letzten Mal zu hören sein wird! Der von der Kooperation der Europäer mit Rußland schwärmende Platzeck erklärt: wenn das Projekt **»im Ausgleich mit der Ukraine«** vollzogen werde, dann werde das **»auch Schritte zu einer Deeskalation in der Ost-Ukraine«** denkbar werden lassen. (199) Die Entspannungspolitik sei nicht tot, woran auch ein einzelner Völkerrechtsbruch nichts ändere. Dagegen opponieren vereinzelt einige Atlantiker: bei den Grünen (R. Bütikofer), der EVP-Fraktion (M. Weber) und der Union (N. Röttgen) als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags: **„Das aggressive Vorgehen Rußlands in der Ukraine und seine Kriegführung in Syrien können nicht folgenlos bleiben.“** Man solle Verletzungen des Völker- und Kriegsrechts nicht auch noch durch Geschäfte mit Rußland belohnen. Aber durch Mindermeinungen wie dieser läßt sich die schwarz/rote Regierung jedoch kaum beeinflussen! Im Oktober 2015 erklärt Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel nach seinen Gesprächen mit Gazprom-Chef Miller gegenüber Putin: man werde sich durch **»Einmischung von außen«** –damit ist die EU gemeint! – von diesem Projekt, das heißt von Nord Stream 2, nicht abbringen lassen. (200)

Das nicht enden wollende tête à tête deutscher Firmen mit Moskau beunruhigt nun seltsamerweise auch Die Linke, die, in der systemwidrigen Bevorzugung westlicher Firmen durch ihren Paten in Moskau Konkurrenz witternd, in einer Fragestunde des Bundestages wissen will, wo dieser Lobbyismus denn noch hinführen soll? Laut Antwort der Bundesregierung hätten diese Gespräche bis dahin 15 mal stattgefunden, ihre Kontakte mit Warnig seien 7 mal wahrgenommen worden. (201) Fazit: die von den Autoren aufgelisteten Kontakte zwischen Regierungen, EU, Lobbyisten, Gazprom, der Putin-Schröder-Connection mit SPD-Leuten usw. haben sich ausschließlich um Nord Stream 2 gedreht. Den Junkie verlangt es nach mehr Stoff: **»Gabriels Ministerium macht immer wieder klar, daß Deutschland mehr Gas brauche, um die Energiewende zu steuern.«** (Also das war des Pudels Kern !!!) Nordstream 2 als die Mutter des All-Parteien-Projekts mit Namen ‚Energiewende‘, von dem ausgehend in der sich bereits abzeichnenden Weltwirtschaftskrise offenbar der entscheidende Push für den New Deal des 21. Jahrhunderts erfolgen soll! Merkel hält bis zum Ende ihrer Amtszeit an diesem Projekt fest, kritische Einwände von seiten ihres außenpolitischen Beraters, Heusgen, bleiben ungehört. Die Autoren dieses Buches führen diese Haltung auf dahinter vermutete gemeinsame Wahlkampf-Absprachen in MeVoPo zurück, wo sich auch Merkels Wahlkreis befindet und wozu auch Merkels Deal mit der SPD paßt, der da lautet: **»Wenn die SPD die von ihr ungeliebten Sanktionen gegen Rußland weiter mitträgt, dann wird Merkel nichts gegen das Lieblingsprojekt der Genossen, die Gaspipeline unternehmen.«** Dieser Deal sei auch von der deutschen Energiewirtschaft begrüßt worden, mit der Merkel weiterhin keinen Zoff haben will. (204)

Zur selben Zeit verstärkt Putin die hybride Kriegführung in Europa und zumal in Deutsch-

land. Dazu die Autoren: **»Die deutsche Energiepolitik gehört zu den zentralen Feldern, die das an Rohstoffen so reiche Rußland auskundschaftet. ... Die Frage, wie Deutschland den Verzicht auf Atomkraft kompensiert oder welche Bedeutung die regenerativen Energiequellen bekommen, ist für den Lieferanten fossiler Brennstoffe«** von ebenso großer Bedeutung wie die Vertragskonditionen mit anderen Gaslieferanten. Einmal abgesehen von Fragen der Verteidigungspolitik und dem Kurs der NATO. (216) Auf diesem Feld arbeiten mit äußerstem Geschick die russischen Geheimdienste beim Anwerben von Trolen für die Zusammenarbeit mit ihnen. Der Mord im Berliner Tiergarten an einem tschetschenischen Feldkommandanten aus dem bewaffneten Widerstand gegen den Sozialimperialismus des Putin-Regimes weckt die deutsche Öffentlichkeit aus ihrem Tiefschlaf und macht sie auf die lange Latte ähnlicher Morde an Abtrünnigen in anderen europäischen Ländern aufmerksam. Aber: **»Im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt gilt immer noch die Überzeugung, daß man Rußland zur Lösung einer Vielzahl von internationalen Konflikten braucht«**, von denen allerdings nicht wenige von Rußland selbst erzeugt werden, wie dies tagtäglich **»etwa in der Ukraine, in Syrien oder Libyen«** der Fall ist. (219) Merkels Reaktion auf den Tiergartenmord und den Hackerangriff auf das Bundeskanzleramt enthält zumindest das Eingeständnis, daß sie diese Erkenntnis schmerze. Schließlich bemühe sie sich Tag für Tag um ein besseres Verhältnis zu Rußland, und das sei etwas, so Merkel, **„das ich nicht ganz aus meinem Inneren streichen kann“**. (220) Und darin scheint die Bundeskanzlerin nicht die einzige zu sein, der diese Trennung überaus schwerfällt, obgleich ihre Selbstverleugung und Unentschlossenheit schon fast an politischen Selbstmord grenzt.

Von derartigen Skrupeln unbeeindruckt setzt die Schröder-Putin-Lobby ihr politisches Unwesen in Deutschland fort, das sich durch Spendenkampagnen, Delegationsreisen, Trikotwerbung bei Kickern eines Ruhrgebietsvereins, eine Schröder-Biographie von 1038 Seiten, Orden, Ehrungen, Ehrendoktorwürden verliehen von russischen Universitäten usw., usf. ständig erweitert und diese vor Eigenlob stinkende russophile Idylle in die höchsten Höhen rußland-freundschaftlicher Selbstbeweihräucherung emporsteigen läßt. (221-231)

Im Herbst 2015 wird Heino Wiese damit beauftragt, Wahlkampfspenden für die Bundestagswahl im Jahr 2017 einzutreiben. Es folgt der Wahlkampf von Martin Schulz mit seinen unausbleiblichen katastrophalen Folgen, der von nicht wenigen derselben SPD-Kader getragen wird, denen nach der ‚Zeitenwende‘ der ihre Mitmenschen beeindruckende U-Turn vom rußland-freundlichen NATO-Verächter zum anti-putinistischen NATO-Verteidiger problemlos gelingt. Aber 2017 entwickelt sich die SPD noch radikal nach Links, wenn sie etwa im Gleichklang mit der DKP ‚Abrüsten statt Wettrüsten‘ fordert und den 2%-Anteil am BIP für die eigene Landesverteidigung für vollkommen überflüssig erklärt. Schröder, der inzwischen von Putin für den Aufsichtsrat von Rosneft nominiert wurde, erklärt im Wahlkampf: Wer glaubt denn (immer) noch, es gebe irgendjemanden in Europa, der aggressiv

ist! **„Ich hoffe, die SPD ist mutig genug zu sagen: ‚Von wem werden wir eigentlich bedroht?‘“** Auch die Parlamentarische Staatssekretärin Yasmin Fahimi erklärt das 2 %-Ziel zum **„reine(n) Wahnsinn“!** Vielmehr sei der Unterschied zwischen dem Sozial- und dem Rüstungsetat das Hauptproblem in Europa. IG BCE-Chef Vasiliadis, Lebensgefährtin Fahimis, ist ein entschiedener Fürsprecher von Nord Stream 2. Das SPD-Wahlergebnis: ein Fiasko! (Schon vor Putins Einmarsch in Ukrajina ließ sich mit einem DKP-Programm offenbar kein erfolgreicher Wahlkampf betreiben!) Nach dem Platzen der Koalitionsverhandlungen für eine Ampel-Regierung fädelt Steinmeier als frisch gewählter Bundespräsident die Fortsetzung der schwarz-roten Koalition ein. Loser wie Schulz sind out! (235)

Gegen Ex-Wirtschaftsminister Gabriel, der bisher für den Abbau der Sanktionen gegenüber Rußland eingetreten war und deshalb sein Image durch die erfolgreiche Kampagne für die Freilassung des türkischen Journalisten Yücel aufzupolieren versucht, nehmen Nahles und Scholz Aufstellung und machen statt seiner Heiko Maas zum Außenminister – der umgehend erklärt, daß Rußland gegenüber Deutschland eine zunehmend feindselige Haltung einnehme. Er läßt wegen Putins Mordversuch an Skripal und Tochter vier russische Diplomaten ausweisen und storniert die traditionellen Männerfreundschaften zwischen Putin und der Schröder-Putin-Lobby. Dann geht es Schlag auf Schlag gegen die Moskau Connection als dem politischen Hauptgegner. (236) Heino Wiese organisiert den Gegenangriff: eine Umfrage zu den Ansichten der Deutschen über Rußland: Für ‚Verlässlicher Energielieferant‘ sind 57 % (SPD-Wähler= 64%, SPD-Mitglieder: = 78%). Der zum (scharfen) Rußland-Kritiker gewandelte Maas fährt nach Moskau. (Die Themen: der Hacker-Angriff auf das Bundeskanzleramt, der Anschlag auf Skripal und Tochter). Dennoch bleibt es im AA letztlich nur bei einer leichten Kurs-Korrektur anstelle der anstehenden klaren Abwendung von Putins Rußland. **»Von einer internationalen Isolation des Putin-Regimes, entschiedeneren Sanktionen gegen Moskau und einer Aufrüstung der Bundeswehr...«** kein Wort! (237) An der Parteibasis wächst dafür der Mißmut über den ‚russophoben‘ Außenminister. Er wird vor den SPD-Vorstand geladen, wo die Ministerpräsidenten von Niedersachsen (Weil), Mecklenburg-Vorpommern (Schwesig), Brandenburg (Woidke) das ‚Tribunal‘ gegen ihn leiten. **»Man wirft Maas vor, die Grundprinzipien der Ostpolitik von Willy Brandt zu verraten, was einer Ketzerei gleichkommt, da diese Politik ja zu Frieden und Freiheit geführt habe.«** Maas erwidert: Die Ostpolitik sei immer mit einer glaubhaften Abschreckung verbunden gewesen; Kritik an Moskau schließe den Dialog nicht aus, worin Scholz und Nahles ihm beispringen; außerdem seien die Positionen des Außenministers zuvor mit der Parteispitze abgestimmt gewesen. Fazit: man brauche im Verhältnis zu Rußland nicht weniger, sondern mehr Dialog. Das Ergebnis ist ein Patt: Die Partei hat Maas seine Grenzen aufgezeigt; aber gleichzeitig spaltet sich die SPD in Befürworter der Fortsetzung von Schröderschen Männerrunden mit Putin und der nüchternen Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit Rußland. (238) Auch Merkel vollzieht nach ihrem Gespräch mit dem ukrainischen Präsi-

ten Poroshenko einen (leichten) Schwenk in Richtung Ukraine. Nord Stream 2 sei nur dann fortsetzbar, wenn gleichzeitig klar sei, wie es mit ‚der‘ Ukraine weitergehen soll. Überdies revidiert Merkel auch ihre bisherige Einschätzung von Nord Stream 2 als angeblich ‚rein privatwirtschaftlichem Projekt‘. Vielmehr seien auch politische Aspekte stärker zu berücksichtigen. Anstelle von Gabriel wird Peter Altmaier (CDU) Wirtschaftsminister. Inzwischen ist die EU- Binnenmarktregel auf Gasleitungen ausgedehnt worden, die für alle kommerziellen Benutzer allgemein zugänglich sein müssen, was erwartungsgemäß bei Gazprom auf Protest stößt. Das EU-Parlament stimmt der Binnenmarktregel – Ausnahme: Deutschland – zu. (239) Moskau muß Ukrajina über das vorhandene Netz weiterhin mit Erdgas beliefern. Es folgt die Nawalny-Affäre. Das Nervengift (Nowitschok!), mit dem Nawalny fast getötet worden wäre, war auch schon gegen Skripal eingesetzt worden. Merkel besucht Nawalny in der Charité. (241) Darüber ist Putin persönlich sauer. Unter Maas denkt man laut über die Möglichkeit nach, den Bau von Nord Stream 2 einzustellen. Nawalny erklärt Putin für den Auftraggeber des Mordversuchs an ihm. Er fordert Sanktionen gegen Putins Umfeld und die Beendigung des Weiterbaus von Nord Stream 2. Schröder bezeichnet er als **»Laufbur-sche(n) Putins, der Mörder beschützt«**. Auch erhalte Schröder wahrscheinlich verdeckte Zahlungen..., was Nawalny aber nicht beweisen könne. Schröder bezeichnet die Behauptungen Nawalnys über die Urheberschaft des auf ihn verübten Anschlags als ‚unklar‘. Wegen der beleidigenden Äußerungen ihm gegenüber werde man sich, so Schröder, noch vor Gericht sehen. Ministerpräsident Stephan Weil, wichtigster Strippenzieher der Moskau-Connection aus dem Hintergrund, lehnt Sanktionen ebenfalls ab, nicht nur, weil sie in eine Sackgasse führten, (242) sondern weil die Kampagne gegen Nord Stream 2 ausschließlich von US-Interessen diktiert werde, um an die Europäer amerikanisches Fracking Gas verkaufen zu können. Vor einer Schulklasse erklärt der überzeugte Sozialdemokrat Weil: **„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie und Menschenrecht. Es geht um Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“** (!!!) (243) Auch mußte man sich mit Heino Wiese fragen, wem der Anschlag auf Nawalny letztlich nützt... – drei Monate vor der Fertigstellung von Nord Stream 2!? Im übrigen dürfe nicht vergessen werden, daß Nawalny ein strammer Nationalist sei, der der AfD nahestehe... Gegen das sich steigernde russophile Geraune sorgt Nawalny selbst mithilfe eines Telefontricks dafür, daß Täter und Auftraggeber sich selbst entlarven! Er wird bei seiner Rückkehr noch auf dem Moskauer Flughafen verhaftet. Aber die Bundesregierung bleibt dabei: Nord Stream 2 soll zu Ende gebaut werden. Daran hält auch der Bundespräsident, der sich gegen Nawalnys Verhaftung einen lauen Protest abringt, entschlossen fest. Für Steinmeier sei dieses Projekt nach wie vor eine Brücke zwischen Rußland und Europa, die man zu den 20 Millionen Kriegstoten in der Sowjetunion ins richtige Verhältnis setzen müsse. (244) Daß von diesen Kriegstoten 8 Millionen, also fast die Hälfte, Ukrainer und Belorusen waren, bleibt von Steinmeier unerwähnt. Auch der *Ost-Ausschuß der deutschen Wirtschaft* setzt sich gemeinsam mit Klaus Ernst von der Partei Die Linke für die Vollendung des

Baus der Ostsee Pipe Line und gegen die angedrohten US-Sanktionen ein, wogegen Ernst im Gegenzug **„Strafzölle auf amerikanisches Gas“** fordert. Dieser Forderung schließt sich der *Ostausschuß der deutschen Wirtschaft* zwar nicht unmittelbar an, stimmt aber in allen weiteren Punkten mit Ernst überein. (245) Nachdem inzwischen von der Bundesregierung längst vergilbte Pläne für den Bau eines LNG-Terminals für Wilhelmshaven wieder ausgegraben wurden, pokert sie mit der US-Administration über ein Junktin zwischen Wilhelmshaven und Nord Stream 2, das von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, weil sich die Debatte unter den politischen Vorgaben Donald Trumps ausschließlich auf das von ihm gepushte Fracking Gas, ja oder nein, beschränkt. Ende 2020 legt der nach 2022 verstaatlichte Energieversorger UNIPER das Wilhelmshavener Projekt wieder in die Schublade zurück. (246)

Ortswechsel: In Schwerin wird alle zwei Jahre der ‚Rußland-Tag‘ veranstaltet, der von Nord Stream 2 und Gascade – einer Tochter von Gazprom – und von Wintershall (BASF) gesponsert wird. Starredner waren 2014 Schröder und 2016 Gabriel. Die Grünen fragen bescheiden an, ob denn die Landesregierung nicht auch mal einen Polen-Tag veranstalten sollte? 2017 löst Schwesig Selling als Ministerpräsident ab und reist schon kurz darauf mit großem Gefolge zum Rapport zu Putin. 2018 wird der ‚Verein Deutsch-Russische Partnerschaft‘ gegründet. Vorsitz: Selling, gefördert von Nord Stream 2. **»In wechselnder Besetzung tauschen sich Selling, Schwesig, Pegel«** (Energieminister) **»und Geue«** (Chef der Staatskanzlei) **»mit Warnig und Schröder oder ihren Managern von Nord Stream 2 aus.«** (249) Ende 2020 ziehen die Baufirmen wegen der angedrohten US-amerikanischen Sanktionen ihre Schiffe von der Baustelle von Nord Stream 2 ab. Es fehlen noch 160 km – oder 10 Mrd € sind in den Ostsee-Schlamm gesetzt worden! Schwesigs Trick: Da nach internationalem Recht Sanktionen ausschließlich gegen Privatfirmen erlassen werden können, sind staatliche Firmen davon ausgenommen. Also wird in Schwerin eine Stiftung gegründet, die eng mit dem Staat kooperiert, aber nicht so eng, daß sich die Pipeline hinterher nicht als ‚privatwirtschaftliches Projekt‘ wieder verkaufen läßt. An den Beratungen mit Schwesig über das Stiftungskonstrukt sind vermutlich erneut Putins Leute von Nord Stream 2 beteiligt. Die in das Projekt eingeweihte Bundesregierung ist davon wenig erbaut. Altmaier ist sauer, Merkel erklärt das ganze zu einem durchsichtigen Manöver....

06.01.2021 Dringlichkeitssitzung des Landtags in Schwerin. TOP: Errichtung einer **„Stiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Klimaschutz und Bewahrung der Natur“**. (247-256) Alle Parteien stimmen dafür. Grüne und FDP sind nicht im Landtag vertreten. Chef der Stiftung ist Erwin Selling vom **„Verein Deutsch-Russische Partnerschaft“**. Die Grünen erklären erzürnt: Das mit dem **„Klimaschutz und Bewahrung der Natur“** sei doch reine Heuchelei! Vom Land bekommt die Stiftung 200.000 €. Pro Kita gibt es – im Stil putinistischer ‚Sozialpolitik‘ – je 500 €. Der letzte Bauabschnitt der Pipeline, Kosten: 165 Mio €, soll über

die Stiftung, die ‚auf eigene Rechnung‘ den Spezialfrachter Blue Ship gekauft hat, finanziell abgewickelt werden. Kritische Fragen in der Presse! Dazu erteilt der Kommunikationschef der Stiftung, Ebert, seine mit einem Augenzwinkern an die Hardliner in den USA gerichtete **»smarte Antwort«**. (Der PR-Mann war in seiner früheren Leben inoffizieller Stasi-Mitarbeiter, ein russischer Gesprächspartner Schwesigs sammelt nach Feierabend Spenden für die **„Verteidiger des Donbass“** und war einst enger Mitarbeiter von DDR-Top-Spion Rainer Rupp (Topas), woraus sich zusätzliche geheimdienstliche Verwicklungen ergeben, die auf die Unterstützung weiterer Feierabend-‚Projekte‘ dieser Art für die Ost-Ukraine hinauslaufen...)

September 2021: die letzte Röhre ist verlegt! Schwesigs und Sellerings Stiftung kann abgewickelt werden. Ihren drohenden Rücktritt als Ministerpräsidentin verhindert ein mit ihrem politischen Schicksal gnädiges Terroristen-Kommando – zweifellos von der CIA...– das ein großes Loch in die Nord Stream 2-Röhre sprengt. Merkel und Biden verabreden eine einvernehmliche Gegenwehr: falls Nord Stream 2 von Rußland als Waffe gegen ‚den Westen‘ einsetzen werde, soll diese **»Vereinbarung ... sicherstellen, daß Rußland keine Pipeline mißbraucht, und auch nicht Nord Stream 2 – um seine aggressiven politischen Ziele mittels Energie als Waffe zu erreichen«**. Der Westen habe nun ein Druckmittel in der Hand (!?), falls Rußland in größerem Maßstab gegen Ukrajina vorgehen werde. (Vielleicht das entscheidendes Argument zugunsten der These, warum es Putin gewesen sein muß, der nach seinem faschistischen Überfall auf Ukrajina die Pipe Line hat sprengen lassen: für eine tabula rasa für alle noch bestehenden Gemeinsamkeiten mit dem ‚kollektiven Westen‘...!?) Im April 2021 zieht Putin 100.000 Soldaten an der Grenze zu Ukrajina zusammen. Gazprom hat derweil seinen Gasspeicher in Rehden komplett leerlaufen lassen. Mit Füllung sind das 5 - 10% der Gesamtkapazität für Deutschland. Beamte im Berlin erklären beruhigend: das liege an gewissen Preisschwankungen auf dem Gasmarkt. So auch OMV-Chef Seele: die leeren Speicher gingen lediglich auf technische Probleme in Nordsibirien zurück... Dann stellt sich allerdings die Frage, warum allein Rehden von diesen technischen Problemen betroffen ist und nicht auch alle anderen russischen Gasspeicher in Europa? Daraufhin kann sich jeder an den Fingern abzählen, daß es sich wohl eher um einen üblen Fake vonseiten Putins und der Gas-Industrie handelt!

Fassen wir zusammen: Meine bewußt selektive ‚Rezension‘ von *Die Moskau-Connection* wird hoffentlich niemanden davon abhalten, die von den FAZ-Autoren aufgrund ihrer umfangreichen Recherchen aufgearbeitete Vorgeschichte der sozialdemokratischen ‚Zeitenwende‘ sich durch die eigene Lektüre zu vergegenwärtigen. An ihrer Vorgeschichte wird außerdem der Verlauf der Ausbreitung des Putinismus in Europa deutlich erkennbar, der seit dem 24.02.2022 eine radikalere Form angekommen hat, mit dem es früher oder später auch alle übrigen Europäer zu tun bekommen werden:



*Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch...!*

## Ein Resümee

Diese auf einer Unmenge sorgfältig recherchierter Fakten aufgebaute Story, in der vor dem Leser eine Art politisches ‚Sittengemälde‘ der Regierungszeit Merkels in der deutschen Nachwende-Ära ausgebreitet wird, ließe sich auch als die Geschichte vom aufhaltsamen Aufstieg des SPD-Politikers Gerhard Schröder zum deutschen Schattenkanzler Wladimir Putins interpretieren, dessen Nebenregierung von sozialdemokratischen Länderregierungschefs bis in das Kanzleramt reichte und vielleicht auch als Vorform künftiger Quisling-Regierungen Moskaus verstanden werden könnte. Ähnlich wie Hitler damit begann, das (1806 liquidierte und als preußisches Operetten-Kaisertum 1871 restaurierte) ‚Heilige Römische Reich Deutscher Nation‘ territorial wiederherstellen zu wollen, betreibt Putin die Restauration der 1991 auf Beschluß ihrer Gliedstaaten aufgelösten ‚Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken‘ und versucht diese zur alten Größe des 1917 gestürzten Russischen Zarentums zurückzuführen. Und ebensowenig wie Hitler für seine Restauration des Deutschen Kaiserreiches einen Deutschen Kaiser benötigte, braucht Putin für sein sozialfaschistisches Zarenreich noch einen russischen Zaren. Denn ähnlich wie Hitler das Preußentum in den NS-Staat zu integrieren versuchte, hat Putin etwas Ähnliches mit der Restauration des ‚sozialistischen‘ Zarentums Stalins vor, der sich bekanntlich 1934 gegen das leninistische ZK (gestützt auf die Geheimdienst-Provokation des ‚Kirow-Mords‘) an die Spitze des von ihm geschaffenen zaristischen ZKs geputscht hatte und dabei zum Hauptkonkurrenten Hitlers im Kampf beider Systeme, zwischen Faschismus und Sozialfaschismus, um die Vorherrschaft in Europa geworden war. Diese alte Geschichte hat Putin bei seinem bisher erfolglos gebliebenen Versuch, ‚die‘ Ukraine wieder in sein raschistisches Zarenreich einzugemeinden, am 24.02.2022 wieder aus der Versenkung geholt (Russia + Fascism = Rushism). Doch dieser Krieg zwischen Rußland und Ukrajina ist nicht, wie von Putin behauptet, der Kampf zwischen der vom ‚Westen‘ (= NATO) bedrohten Russischen Föderation und ‚der‘ angeblich von ‚Nazis‘ unterwanderten Ukraine, oder zwischen Antifaschismus und Faschismus (als welche der Putinismus diesen der Welt verkaufen will), sondern – vergleichbar mit den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts – ein erneuter Existenzkampf zwischen der ‚westlichen‘ = bürgerlichen Gesellschaft und dem Sozial-Faschismus Rußlands und Chinas. ‚Sozial-Faschismus‘ auch deshalb, weil die Nachfolger der UdSSR wie auch der VR China eine gescheiterte proletarische Revolution hinter sich haben oder in diesem Prozeß noch drinstekken. Daher sollten die Völker des ‚kollektiven Westens‘ (Originalton Putin) den ihnen bevorstehenden Verteidigungskampf für die staatliche Existenz ihrer Nationen mit derselben Entschlossenheit organisieren, wie dies den Ukrainern bisher gegen den globalen Neuen

Faschismus Rußlands hervorragend gelungen ist.

In ihrem Vorwort zur Neuübersetzung des *Manifests der Kommunistischen Partei* von 1882 erwarten Marx und Engels das ‚Krähen des Gallischen Hahns‘ diesmal in Rußland und als Weckruf für die Wiederherstellung der russischen Dorfgemeinde (*commune rurale*) und ihrer zum überwiegenden Teil noch überlebt habenden kommunistischen Produktionsformen und dies zugleich als Initialzündung für die proletarische Revolution in Deutschland, die nach 1848 einen um nichts weniger komplizierten Verlauf hinter sich gebracht hat.

Friedrich Engels‘ Vorwort zur deutschen Neuauflage des *Kommunistischen Manifests* von 1890 übernimmt, abgesehen von wenigen stilistischen Änderungen die entsprechende Passage zur Revolution in Rußland aus dem Vorwort von 1882. Von daher wäre es im Frühjahr 1917 für die Bolschewiki ein Leichtes gewesen, das ‚Krähen des Gallischen Hahns‘ im russischen Dorf, ganz so wie Marx und Engels 1848 dieses für Deutschland erwarteten, als Weckruf für das Weltproletariat und die Weltrevolution zu verstehen. Für die Bolschewiki war jedoch das Vorwort von 1882 inzwischen ein Anachronismus, weil sie all ihre revolutionären Erwartungen in die russische Arbeiterklasse gesetzt hatten, mit der verglichen die russischen Bauern, die noch 1890 ca. 90% der russischen Bevölkerung ausgemacht hatten, von ihnen zu einer revolutionären Randerscheinung erklärt werden.

Diese fatale Fehleinschätzung rächte sich auf schreckliche Weise: Erstens dadurch, daß das russische Zarentum de facto unter einem ‚sozialistischen‘ Vorzeichen restauriert wurde und dessen auf dem eurasischen Kontinent betriebenen Expansionismus unter dem Label der „Weltrevolution“ fortsetzte. Zweitens darin, daß das ‚kommunistische‘ Zarentum Stalins seine faschistische System-Konkurrenz mit dem national-sozialistischen Deutschland – ähnlich derjenigen zwischen Hitler und Mussolini – der Welt als ‚Anti-Faschismus‘ hatte verkaufen können – wobei nach Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts im Endeffekt gleichgültig bleiben konnte, wer von beiden wen 1941 zuerst hatte überfallen wollen...

Entscheidend ist, daß 1917 die auf der Grundlage des Vorworts von 1882 mögliche deutsch-russische Symbiose zweier Revolutionen – gegen das großrussische Zarentum *und* das großdeutsche Preußentum und ursprünglich auch als die Grundlage der Leninistischen Weltrevolution – sich 20 Jahre später in einem unfaßbaren Bruderkrieg zwischen den deutschen Arbeitern und den russisch-ukrainisch-weißrussischen Bauern entlud und zunichte gemacht wurde. Lenin hat, das muß man ihm lassen, seine Mißachtung des Vorworts von 1882 konsequent durchgehalten. Daran ändern im Grunde auch seine letzten Texte zum Genossenschaftswesen nichts mehr. Rosa Luxemburg hätte, wäre sie nicht von der preußischen Konterrevolution zusammen mit Karl Liebknecht umgebracht worden, vielleicht das Zeug dazu gehabt, die von Lenin begonnene Korrektur ihrer ursprünglich gemeinsamen Ge-

ringschätzung den „altvorderen“ kommunistischen Parteigründern gegenüber zu korrigieren. Ein Indiz war, daß Rosa Luxemburg die frisch gegründeten KPD zur Teilnahme an den Reichstagswahlen vergattern konnte. Weder Lenin noch Luxemburg ist daher der Wunsch und Wille zur Selbstkorrektur abzusprechen.

So gesehen steht die Partei Marx heute in etwa wieder dort, wo sie vor 175 Jahren ihren Weg begann – einen Weg durch unfäßbare konterrevolutionäre Katastrophen, von denen jeder annahm, sie wären jedes Mal die letzten gewesen, sodaß die Menschheit damit beginnen kann, sich auf sich selbst zu besinnen und zur Vernunft zu kommen. Das ist aber, wie Marx und Engels ihnen wissenschaftlich nahelegen, immer eine große Fehleinschätzung geblieben. Die kapitalistische Produktionsweise ist alles andere, nur nicht vernünftig. Gelingt es dieser Menschheit aber nicht, diese Einsicht in die Tat umzusetzen, könnte sich für sie als Spezies des homo sapiens sapiens noch bevor sie ihre erste Kolonie auf dem Roten Planeten gegründet haben wird, schon sehr bald von selbst erledigt haben. Einen gastlicheren Planeten als diesen irdischen wird sie wahrscheinlich im ganzen Weltall nicht mehr finden.

#### **Texte von Karl Marx und Friedrich Engels:**

Karl Marx: Manifest der Kommunistischen Partei (1848), MEW 4, 459-493.

Karl Marx/Friedrich Engels: Vorrede zur zweiten russischen Ausgabe des Manifests der Kommunistischen Partei (1882), MEW 19, 295-296.

Friedrich Engels: Vorwort zur vierten deutschen Ausgabe des Manifests der Kommunistischen Partei (1890), MEW 22, 52-59.

Karl Marx: Die Geschichte der Geheimdiplomatie des 18. Jahrhunderts. Über den asiatischen Ursprung der russischen Despotie, (1856), Berlin 1977.

Ernst-Ulrich Knaut

Gepostet: 10.06.2023